

## **Friedensultimatum an Ostern**

***Die in der Karwoche geäußerten Erklärungen des Friedensbeauftragten Luis Carlos Restrepo und des ELN-Unterhändlers Antonio eröffnen einen schäbigen Ausblick auf die kommende Verhandlungsrunde in Kuba, welche am 12. April 07 beginnt.***

*Von Camilo González Posso, Direktor von Indepaz*

Die Unterschiede scheinen einfach zu sein, sind aber grundlegend: Basisabkommen versus Gemeinsame Agenda. Die Regierung verlangt vom ELN eine Waffenstillstandserklärung und die Einstellung der Feindseligkeiten, um formelle Verhandlungen beginnen zu können. „Hier braucht es einen einschneidenden Entscheid, damit der ELN aufhört zu entführen und damit er einen Schritt nach vorn macht. Der ELN muss definitiv einen Schritt vorwärts machen, um die Waffen nieder zu legen“, meinte der Friedensbeauftragte der Regierung im Radio La W. Der ELN meint demgegenüber, dass der Waffenstillstand im Zusammenhang mit einer Themenliste ausgehandelt werden müsse, welche dann auch eine Agenda über mögliche Abkommen bilden würde. „Diese vorläufige Agenda“, meint ELN-Unterhändler Garcia, „muss die Gebiete für Abkommen abstecken, zu welchen Themen wir Abkommen aufbauen müssen. Der Friedensbeauftragte will diese Phase überspringen.“

Hinter diesem Seilziehen stecken viele Differenzen. Die Regierung wiederholt ihre Verhandlungsformel und ihr Verhandlungsmodell, das sie seit 2002 verkündet und das sie für die Verhandlungen mit den Paramilitärs und das Abkommen von Ralito umgesetzt hat. Was nach dem Plan von Restrepo auf den Waffenstillstand und die Einstellung der Feindseligkeiten folgt sind der Zusammenzug der Kämpfenden, Demobilisierung, Waffenniederlegung, Anwendung des Gesetzes Gerechtigkeit und Friede I oder II, Wiedereingliederung und Versöhnung. Zwischen der einen und der anderen Station können Foren abgehalten werden, Übereinkommen getroffen und Bedingungen für die aktuelle politische Aktion der Demobilisierten zwischen Amnestie oder Straferlass ausgehandelt werden, während die ELN-Chefs ihre 8 Jahre Gefängnis zusammen mit Mancuso und Macaco (A.d.Ü. beides Chefs der Paramilitärs) absitzen.

Die Flexibilität der Regierung ging gerade mal soweit, um Explorationsgespräche im Ausland und im Haus des Friedens zu akzeptieren und Sprecher und externe Unterstützende anzuerkennen. Doch bei der Strategie der Demobilisierung der Guerillaverbände und den Inhalten möglicher Verhandlungen hat die Regierung keinerlei Änderung gezeigt. Der ELN seinerseits hat in diesen zwei Jahren Fortschritte in Bezug auf interne Definitionen zugunsten einer Verhandlungslösung erreicht, dies mit einer als autoritär und rechtsgerichtet geltenden Regierung. Doch der ELN hält ein Verhandlungsmodell aufrecht, bei dem der zentrale Punkt die Erreichung von Veränderungen ist, die zwar nicht die Materialisierung seines revolutionären Programms sein müssen, aber doch wichtige Erfolge in den Bereichen Demokratie, Mitbestimmung und sozialen Bedingungen bringen sollen. Die Demobilisierung und Entwaffnung kommt für den ELN am Schluss und nicht zu Beginn der Verhandlungen.

Alles scheint darauf hinzudeuten, dass – falls sich das Drehbuch nicht ändert – die Gespräche in Kuba nach Ostern in einer weiteren flauen Erklärung oder in einem Grabeschweigen enden werden. Die Regierung müsste anerkennen, dass im Unterschied zu den Paramilitärs der AUC und den Drogenparamilitärs, die sich als Verteidiger des Staates, der Regierung und der Wirtschaft bezeichnen, der ELN eine aufständische, antistaatliche Guerilla ist. Diese Charakteristik führt zu einem Friedensabkommen und nicht zu einer Unterwerfung unter das Gesetz und zur Notwendigkeit, eine substantielle Agenda und nicht nur ein Demobilisierungs-, Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprozess ins

Auge zu fassen. Für den ELN heisst es, wenn er Fortschritte bei den Verhandlungen erzielen will, die geltende Verfassung anzuerkennen und sie als veränderungsfähig, schwerlich aber ausser Kraft setzbar, zu sehen. Andererseits wäre es auch eine vergebliche Anstrengung, am Verhandlungstisch die Pfeiler des neokonservativen Wirtschaftsmodells ändern zu wollen, das vom Uribismus bis zum Tod verteidigt wird.

Auch mit diesen Einschränkungen gibt es einen Verhandlungsspielraum, wenn politischen und sozialen Reformen und regionalen Entwicklungsplänen bei Verhandlungen Bedeutung beigemessen wird und von Beginn weg der Kongress, die lokalen Regierungen und die organisierte Zivilgesellschaft miteinbezogen werden. Mit diesem Horizont könnten die humanitären Abkommen und der Waffenstillstand Teil einer ersten Etappe sein auf diesem schwierigen Weg zu einem Friedenspakt vor 2010.